

Zeitschrift:	Schweizerische Zeitschrift für Soziologie = Revue suisse de sociologie = Swiss journal of sociology
Herausgeber:	Schweizerische Gesellschaft für Soziologie
Band:	20 (1994)
Heft:	1
Artikel:	Der EWR-Entscheid : kulturelle Identität, rationales Kalkül oder struktureller Kontext?
Autor:	Vatter, Adrian
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-814903

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER EWR-ENTSCHEID: KULTURELLE IDENTITÄT, RATIONALES KALKÜL ODER STRUKTURELLER KONTEXT?

Eine theoriegeleitete Abstimmungsanalyse des EWR-Entscheids anhand von
Aggregat- und Individualdaten

Adrian Vatter

Forschungszentrum für schweizerische Politik, Universität Bern und
University of California at Los Angeles

1. Fragestellung und Aufbau

Nach der Abstimmung über den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) vom 6. Dezember 1992, die verschiedentlich als „Jahrhundertabstimmung“ bezeichnet und sowohl von den Medien als auch von der politischen Elite als „Schicksalsfrage“ für die Zukunft des Landes wahrgenommen und dargestellt wurde, stehen wir vor dem Bild einer in vielfacher Hinsicht gespaltenen und polarisierten Schweiz. Gräben zwischen den Sprachregionen kreuzen sich mit Gräben innerhalb der einzelnen Landesteile und innerhalb von einzelnen Kantonen.

Was hat zu diesen ungewöhnlichen Abstimmungsresultaten geführt? War die kollektive Identität mit einer Sprachgruppe der einzige ausschlaggebende Faktor zur Erklärung des Stimmverhaltens? Welchen Einfluss hatten sozistrukturelle Kontextmerkmale bei diesem Grundsatzentscheid? Welche Rolle spielten rationale Kosten-Nutzenüberlegungen des Stimmbürgers? Kann das Referendum auch als eine Unzufriedenheit mit der laufenden Regierungstätigkeit interpretiert werden? Weshalb wurden die Parolen der grossen Parteien nicht beachtet? Welchen Einfluss hatte die hohe Stimmbeteiligung und welche Bedeutung die Abstimmungskampagne?

Für die Klärung dieser und anderer Fragen werden im folgenden Artikel bewusst verschiedene theoretische Erklärungsansätze und Methoden verwendet. Mit einem mehrdimensionalen Vorgehen soll der Versuch unternommen werden, die jahrelangen „Einseitigkeiten“ (Gruner, 1987: 298) in der Schweizer Abstimmungsforschung zu umgehen, deren Mängel erst in neuester Zeit teilweise erkannt und berücksichtigt wurden. Nach jahrelanger Stagnation erfährt

die Schweizer Abstimmungsforschung vor allem in theoretischer Hinsicht eine dynamische Fortentwicklung und zeichnet sich neuerdings durch die Integration der wichtigsten theoretischen Erklärungsansätze aus (Epple-Gass, 1992, Buri/Schneider, 1993; Vatter, 1993). Im folgenden soll an diese neuesten Untersuchungsdesigns angeknüpft werden. Methodisch liegt das Schwergewicht bei einem explorativen Vergleich der Ergebnisse einer Individual- und einer Aggregatdatenanalyse.

Der Artikel ist folgendermassen aufgebaut:

- In einem ersten Abschnitt werden die Resultate einer Aggregatdatenanalyse präsentiert, die anhand der Abstimmungsresultate sämtlicher Schweizer Gemeinden durchgeführt wurde.¹ Die Abstimmungsergebnisse werden dabei zu soziokulturellen, sozistrukturellen, politischen und ökonomischen Merkmalen der jeweiligen Gemeinde in Beziehung gesetzt werden. Mit der Berücksichtigung von Gemeindevariablen, die nicht nur der Operationalisierung eines, sondern verschiedenen theoretischen Ansätzen entsprechen, soll die bisher einseitige Ausrichtung von Aggregatdatenanalysen im Bereich der Schweizer Abstimmungsforschung umgangen werden. Entsprechende Untersuchungen waren bisher entweder auf soziologische (Nef 1980, Nef/Rosenmund 1984, Joye 1987, Nef 1989) oder auf ökonomische Erklärungsmuster (Pommerehne, 1982, Pommerehne/Schneider, 1985, Weck-Hannemann, 1990, Blöchliger/Spillmann, 1992) ausgerichtet. Innerhalb der ökologischen Abstimmungsanalysen in der Schweiz soll deshalb erstmals ein vergleichender empirischer Test soziologischer (soziokultureller und -struktureller) und ökonomischer Erklärungsvariablen vorgenommen werden.
- Die Ergebnisse der Aggregatdatenanalyse werden in einem zweiten Abschnitt mit den Ergebnissen der VOX-Nachbefragung, also einer Individualdaten-Analyse, verglichen. Mit einem explorativen Vergleich zwischen diesen beiden Vorgehensweisen können gleichzeitig die Wirkungen von Individual- und Kontexteffekten auf das Stimmverhalten überprüft werden und die Vor- und Nachteile der beiden Methoden für die Abstimmungsforschung herausgearbeitet werden.
- In einem dritten Abschnitt werden die wichtigsten Merkmale der Abstimmungskampagne zusammengefasst. Damit soll die Beschränkung der Analyse auf statische Momentaufnahmen einer Abstimmung umgangen werden.

¹ Besonderer Dank gilt dabei Lorenz Kummer und Daniel Hug, die zusammen mit dem Autor eine Auswertung der Gemeinderesultate im Auftrag des Bundesamtes für Statistik durchgeführt haben.

- Im vierten Abschnitt wird mit einem Vergleich der EWR-Resultate mit früheren aussenpolitischen Abstimmungen eine längerfristige Prozessbe trachtung vorgenommen. Damit soll auch die historische Dimension berücksichtigt werden.

Am Schluss werden die wichtigsten Resultate der Analyse im Lichte verschiedener theoretischer Ansätze interpretiert.

2. Aggregatdatenanalyse der EWR-Abstimmung

Im folgenden Abschnitt werden anhand einer Vielzahl von Gemeindemarkmalen² die EWR-Abstimmungsresultate sämtlicher Schweizer Gemeinden (N = 2907) analysiert (vgl. ausführlich Hug/Kummer/Vatter, 1993). Im Zentrum stehen vier Gruppen von Gemeindevariablen, die auf ihren Zusammenhang und auf ihren Einfluss auf das Stimmverhalten untersucht werden sollen und für verschiedene theoretische Erklärungsansätze stehen. Es handelt sich dabei um soziokulturelle, soziostrukturale, politische (Wähleranteile) und ökonomische (Anteil von Beschäftigten in einzelnen Branchen)³ Gemeindemarkmale.

2.1 Bivariate Korrelationen

Bei der zunächst vorgenommenen bivariaten Korrelation fällt der aussergewöhnlich hohe Korrelationskoeffizient (Pearsons r) von 0.83 beim soziokulturellen Faktor „Sprache“ auf. Die tiefe Kluft zwischen der retrospektiv binnengerichteten Deutschschweiz und der prospektiv aussengerichteten Romandie bildete denn auch in den Wochen nach dem Abstimmungstermin ein zentrales Thema der politischen Kommentare. Demgegenüber spielt die Konfessionszugehörigkeit, der bei anderen Abstimmungen noch heute ein starker Einfluss zugebilligt wird (Voll, 1991), auf gesamtschweizerischer Ebene keine Rolle für die Zustimmung zum EWR-Vertrag. Die Zusammenhänge zwischen den Ja-Stimmenanteilen der Gemeinden und weiteren Faktoren weisen darauf hin, dass

-
- 2 Die Gemeindemarkmale basieren auf der Volkszählung von 1990. Soweit diese zum Untersuchungszeitpunkt noch nicht verfügbar waren, wurden die Angaben der Volkszählung von 1980 bzw. der Betriebszählung von 1985 berücksichtigt. Als Grundlage der politischen Variablen dienten die Ergebnisse der Nationalratswahlen vom Oktober 1991.
 - 3 Insbesondere neuere Abstimmungsanalysen aus ökonomischer Perspektive interpretieren die Branchenanteile der Gemeinden als die wichtigsten ökonomischen Variablen (Blöchliger/Spillmann, 1992, Weck-Hannemann, 1990). Daneben wird für jede Gemeinde ihr Anteil von Beschäftigten in binneng- und exportorientierten Branchen aufgeführt, für die durch den EWR-Beitritt tendenziell negative bzw. positive Verteilungswirkungen erwartet wurden (für die Zuordnung vgl. Hauser/Bradke, 1992: 114).

Tabelle 1
Ja-Stimmenanteil und ausgewählte Gemeindemerkmale;
Korrelationskoeffizienten (Pearsons r), alle Gemeinden (N = 2907)

Gemeindemerkmale	Sozio-kulturelle	Sozio-strukturell	Politische	Ökono-mische
Sprache Französisch (%)	0.83			
Sprache Italienisch (%)	-0.19			
Konfession Katholisch (%)	-0.06			
Konfessionelle Homogenität (%)	-0.25			
Anteil Arbeitslose		0.42		
Anteil Bildung hoch		0.38		
Anteil Bildung niedrig		-0.24		
Einkommen (log.)		0.34		
Anteil leitende Angestellte		0.30		
Anteil Angestellte		0.27		
Anteil Arbeiter		-0.14		
Anteil Selbständige		-0.16		
Anteil Alter 20 – 40		0.04		
Anteil Alter 40 – 60		0.26		
Anteil Alter über 60		-0.16		
Anteil Ausländer		0.25		
Peripherie		-0.20		
Demographische Dynamik		0.19		
Anteil Pendler		0.19		
Anteil Männer		-0.10		
Bevölkerungszahl (log.)		0.05		
Rechte Parteien			-0.27	
SVP			-0.24	
FDP			0.24	
SPS			0.23	
Grüne Parteien			0.15	
CVP			-0.12	
Banken/Versicherungen				0.14
Land- und Forstwirtschaft				-0.10
Binnenorientierte Branchen				-0.10
Exportorientierte Branchen				0.06
Gastgewerbe				-0.08
Chemie				0.04
Maschinen- und Fahrzeugbau				-0.01

Datenquelle: Bundesamt für Statistik/Hug, Kummer, Vatter 1993.

zwar die Kulturraumvariable „Sprache“ dominiert, hingegen andere Merkmale in keiner Weise bedeutungslos sind. Vor allem die sozistrukturellen Merkmale Bildung, Einkommen und Stellung im Beruf weisen eine starke Beziehung zu den Ja-Stimmenanteilen der Gemeinden auf: Je grösser der Anteil von Personen mit hoher Bildung und hohem Einkommen und der Anteil von leitenden und mittleren Angestellten, um so stärker wurde die EWR-Vorlage befürwortet. Der stark positive Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und EWR-Befürwortung ist dagegen zu einem grossen Teil auf die generell höhere Arbeitslosenrate in der französischsprachigen Schweiz zurückzuführen⁴ und erweist sich auch in den nachfolgenden multivariaten Regressionen nur teilweise als eigenständiger Erklärungsfaktor (vgl. ebenso Ladner, 1993: 8). Ein mittlerer bis schwach positiver Zusammenhang mit dem EWR-Ja-Stimmen-Anteil findet sich noch bei Gemeinden mit einem hohen Ausländer- und Pendleranteil, einer hohen demographischen Dynamik und einer eher zentralen Lage – alles Merkmale, die mehr oder weniger stark auf den Gegensatz zwischen Stadt und Land bzw. zwischen Zentrum und Peripherie hinweisen. Keine Beziehung zur EWR-Zustimmung lässt sich schliesslich bei der Geschlechterverteilung und der Bevölkerungszahl einer Gemeinde feststellen.

Der stärkste Zusammenhang bei den politischen Variablen findet sich zwischen dem Wähleranteil von rechtsgerichteten Parteien und dem EWR-Ja. Mit zunehmender Wählerstärke rechter Parteien (SD, AP, EDU, Lega dei ticinesi) und auch der SVP sinkt in den Gemeinden die Zustimmung zur EWR-Vorlage. Umgekehrt steigt sie bei einem hohen Wähleranteil der FDP, der SP und der grünen Parteien an. Ein schwach negativer Zusammenhang findet sich schliesslich zwischen dem EWR-Ja-Anteil und dem Wähleranteil der CVP.

Im Gegensatz zu den übrigen Variablen bestehen zwischen der Wirtschaftsstruktur der Gemeinden und ihrem Ja-Stimmenanteil nur relativ schwache Beziehungen. Grundsätzlich stehen vor allem Gemeinden mit einem hohen Anteil von Erwerbstägigen in der Landwirtschaft dem EWR skeptisch gegenüber. Tendenziell positiv eingestellt sind dagegen Gemeinden mit einem hohen Prozentsatz von Beschäftigten bei Banken und Versicherungen. Während also im Stimmverhalten zwischen Ortschaften mit einem dominanten ersten oder dritten Sektor doch einige Unterschiede festgestellt werden können, lassen sich zwischen dem Anteil von Erwerbspersonen in den verschiedenen Branchen des zweiten Sektors keine Zusammenhänge beobachten.

4 Der Korrelationskoeffizient Pearson zwischen der Sprachzugehörigkeit (Franz./Deutsch) und der Arbeitslosigkeit beträgt 0.52. Werden nur die Gemeinden mit einer Bevölkerung von mehr als 500 Personen berücksichtigt, steigt der Zusammenhang sogar auf 0.68.

Tabelle 2

Ja-Stimmenanteil und ausgewählte Gemeindemerkmale; Multivariate Regressionsanalyse (Beta-Koeffizienten): Alle Gemeinden (N = 2907)

Gemeindemerkmale	Sozio-kulturelle	Sozio-strukturell	Politische	Ökono-mische	Alle
Sprache französisch	0.83**			0.82**	
Konf. katholisch	-0.07**			-0.04**	
Anteil Bildung hoch		0.23**			
Anteil Bildung niedrig				-0.12**	
Anteil Angestellte		—		0.09**	
Einkommen (log.)		0.17**		0.07**	
Peripherie		-0.06**		-0.05**	
Anteil Alter 40–60		—		0.04**	
Bevölkerungszahl (log.)		-0.19**		-0.03*	
Anteil Arbeitslose		0.36**		—	
Anteil Männer		—			
Anteil Ausländer		—			
SVP			-0.42**		-0.14**
Grüne Parteien			0.16**		0.11**
SPS			0.10**		0.07**
Rechte Parteien			-0.35**		-0.03**
CVP			-0.34**		—
FDP			—		
Banken/Versicherungen				0.08**	0.03**
Land- und Forstwirtschaft				-0.17**	—
Gastgewerbe				-0.13**	—
Textil				-0.12**	
Bauwirtschaft				-0.07**	
Maschinen- und Fahrzeugbau				-0.06**	
Metall				-0.06**	
Energie				-0.05**	
Chemie				—	
Elektro				—	
Öffentliche Verwaltung				—	
Papier				—	
R ² (adjusted)	0.69	0.29	0.28	0.05	0.85
N	2907	2902	2907	2907	2902

(Fortsetzung Tabelle 2)

Datenquelle: Bundesamt für Statistik/Hug, Kummer, Vatter 1993.

Methode: stepwise

* signifikant auf 95 %-Niveau ($t > 1.96$)

** signifikant auf 99 %-Niveau ($t > 2.576$)

— Die Variable fällt bei der stepwise-Prozedur aus dem Modell

Kein Symbol: Die Variable wurde bei der Modell-Spezifikation nicht verwendet

2.2 *Multivariate Regressionen*

Mit der vorliegenden multivariaten Regression (OLS-Modell) können 85 Prozent des unterschiedlichen Stimmverhaltens sämtlicher Schweizer Gemeinden erklärt werden (adjusted $R^2 = 0.85$). Wenig erstaunlich ist wiederum der starke Zusammenhang des Ja-Stimmenanteils mit der Sprachzugehörigkeit, der fast sechsmal stärker ist als der Zusammenhang mit dem zweitwichtigsten Gemeindemerkmal. Zudem können allein mit der Sprachzugehörigkeit fast 70 Prozent des unterschiedlichen Stimmverhaltens der Gemeinden erklärt werden. Neben diesem sozio-kulturellen Faktor weist die Regressionsanalyse vor allem auf den unabhängigen Erklärungsbeitrag von politischen und soziostrukturrellen Gemeindemerkmalen hin. So haben sich der Wähleranteil von SVP, Grünen und SP, die Bildungsstruktur, der Anteil Angestellter, das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen und die Lage auf der Zentrum-Peripherie-Achse einer Gemeinde als signifikante Faktoren zur Erklärung der unterschiedlichen Ja-Stimmenanteile sämtlicher Kommunen herausgestellt. Die Hauptergebnisse der Aggregatdatenanalyse lassen sich damit wie folgt zusammenfassen:

Städtisch geprägte und französischsprachige Agglomerationsgemeinden mit tertiärer Struktur, einem grossen Wähleranteil grüner und linker Parteien und einem hohen Prozentsatz von Personen mit hohem Bildungsgrad und hohem Einkommen haben der EWR-Vorlage am stärksten zugestimmt. Umgekehrt haben periphere Deutschschweizer Gemeinden mit einem niedrigen Wähleranteil von SP und Grünen, einem grossen Anteil von Personen mit geringem Bildungsgrad und niedrigem Einkommen und einem geringen Pendleranteil den EWR am stärksten verworfen.

Die Regressionsanalysen weisen schliesslich darauf hin, dass die unterschiedliche Zugehörigkeit zu einer Sprachgruppe mehr als doppelt so stark polarisiert hat als die soziostrukturrellen und politischen Merkmale, die beide für sich betrachtet je nur knapp 30 Prozent des unterschiedlichen Stimmverhaltens der Gemeinden erklären können. Als nahezu bedeutungslos haben sich schliesslich die spezifischen Branchenstrukturen der Gemeinden herausgestellt.

Tabelle 3
Ja-Stimmenanteil nach Merkmalskombinationen (in Prozent); Multivariater Mittelwertvergleich

		Bildung niedrig/ Einkommen niedrig Linke/Grüne			Bildung niedrig/ Einkommen mittel Linke/Grüne			Bildung mittel/ Einkommen mittel Linke/Grüne			Bildung hoch/ Einkommen hoch Linke/Grüne		
		Niedrig	Mittel	Hoch	Niedrig	Mittel	Hoch	Niedrig	Mittel	Hoch	Mittel	Hoch	
Selbständige	21.4	27.2	33.9	36.6	31.2	42.3	45.6	49.3					
Arbeiter		37.8	41.5	45.9		34.8	47.9	52.3					
Angestellte						50.5	61.6	55	66.6	70.3	70.3	69.6	

Datenquelle: Bundesamt für Statistik/Hug, Kummer, Vatter 1993.

2.3 *Multivariater Mittelwertvergleich*

Die extremen Zustimmungsunterschiede zum EWR von durchschnittlich fast 50 Prozentpunkten zwischen Gemeinden mit jeweils entgegengesetzter Bildungs-Einkommens-, Parteien- und positionaler Berufsstruktur – unabhängig von der Sprachgruppenzugehörigkeit! – weisen deutlich darauf hin, dass sich neben dem sprachkulturellen Konflikt auch andere Gegensätze artikulierten, die aber durch die offensichtliche soziokulturelle Teilung überdeckt und zu wenig wahrgenommen wurden: Am Gegensatz zwischen arm und reich, zwischen Gemeinden mit einem hohen Anteil privilegierter Bildungseliten und Ortschaften mit vielen schlecht Ausgebildeten, zwischen wertprogressivem und wertkonservativem Milieu, zwischen der strukturellen Peripherie und dem urbanen Zentrum und schliesslich auch am grundsätzlichen Konflikt „Tradition – Moderne“ polarisierte das europäische Öffnungsprojekt EWR am deutlichsten.

3. Individualdatenanalyse der EWR-Abstimmung

3.1 *Vorbemerkung*

Untersuchungen, die einen Vergleich von Individual- und Aggregatdatenergebnissen vornehmen und damit gleichzeitig die Wirkungen von Individual- und Kontexteffekten auf das Stimmverhalten berücksichtigen, bilden in der Schweizer Abstimmungsforschung immer noch die grosse Ausnahme (Nef/Rosenmund, 1984; Lévy, 1990; in Ansätzen auch Linder et al., 1988). Das Ziel dieses Abschnittes ist es, diese Lücke bei der Analyse der EWR-Abstimmung zu schliessen. Die Ergebnisse der vorliegenden Aggregatdatenanalyse werden dabei mit der VOX-Nachbefragung verglichen, die voneinander abweichenden Ergebnisse kommentiert und die Stärken und Schwächen der beiden unterschiedlichen Methoden für die Abstimmungsforschung kurz zusammengefasst.

3.2 *Zusammenfassung der VOX-Analyse*

Die Grundlage der VOX-Analyse (Kriesi et al., 1993) bildet die Befragung von 985 Stimmberchtigten der ganzen Schweiz. Die nach nach einem Random-Quota-Verfahren repräsentativ ausgewählten Stimmbürger wurden in den drei Wochen nach dem Abstimmungstermin persönlich interviewt. Von der ausgewählten Stichprobe wäre der EWR mit 52 Prozent (effektiv 49,7 Prozent) Ja-Stimmen knapp angenommen worden.

Die Stimmabstimmung

Die Stimmabstimmung in der VOX-Stichprobe lag bei 87 Prozent (effektiv 78,3 Prozent). Unregelmässige Urnengänger (zu 90 %) und Stimmberechtigte, die in der Regel nie zur Urne gehen (zu 62 %), haben sich bei der EWR-Abstimmung ausserordentlich stark beteiligt. Diese zusätzliche Mobilisierung von Nicht-Urnengängern wirkte sich in den beiden grossen Sprachregionen aber entgegengesetzt aus und vertiefte den „Röstigraben“: Deutschschweizer, welche sonst nicht teilnehmen, haben massiv gegen, die entsprechende Kategorie in der Westschweiz stark für den EWR gestimmt. Gesamthaft betrachtet hat sich die hohe Stimmabstimmung zuungunsten der EWR-Vorlage ausgewirkt.

Die Kompetenz der Stimmabstimmung

Trotz der hohen Komplexität der Vorlage war der Anteil der nicht und wenig Kompetenten im Vergleich zu anderen Urnengängen relativ klein. Beispielsweise im Gegensatz zum Stimmverhalten bei der dänischen Abstimmung zum Maastrichter Vertrag vom Juni 1992 (Siune/Svennson, 1993: 109) zeigt sich beim Schweizer Europa-Referendum eine Beziehung zwischen dem Zustimmungsgrad und dem subjektiven Informationsniveau. Der EWR-Vertrag wurde dabei um so stärker verworfen, je unkompetenter und uninformierter sich die Stimmabstimmung selbst einschätzten.

Das Profil der Stimmenden

Die Individualdaten-Analyse zeigt fünf signifikante Konfliktlinien, an denen die EWR-Vorlage am stärksten polarisiert hat: Das Vertrauen in die Regierung, die sprachliche Konfliktlinie, der Stadt-Land-Gegensatz, der Gegensatz aufgrund des Ausbildungsstandes und der Rechts-Links-Konflikt. So haben Personen, welche den Behörden ihr Vertrauen schenken, die Westschweizer, die Bewohner von Städten, die gut ausgebildeten Bürger und schliesslich jene, die sich politisch links einordnen, den EWR befürwortet. Für die Erklärung des Abstimmungsergebnisses wiegen die Zufriedenheit mit der Regierung und die sprachliche Konfliktlinie besonders stark (Kriesi et al., 1993: 66). So stimmten 70 % Ja (N = 387) zum EWR, die mit der Regierung zufrieden waren. Umgekehrt befürworteten nur 27 % (N = 384) den EWR, die mit der Regierungstätigkeit unzufrieden waren.

Die Motive der Stimmenden

Die Analyse der Stimmotive zeigt auf, „dass sich am 6. Dezember viel eher zwei Vorstellungen über die Schweiz und ihre Zukunft gegenüberstanden, als dass zwei kalte und rationale Auswertungen der Kosten und Gewinne des EWR den Ausschlag gegeben hätten. Die von den EWR-Befürwortern vorgebrachten Ja-Motivationen drehen sich um zwei grosse Themen: einerseits Motivationen kultureller Art, wie zum Beispiel die Ablehnung der Isolation und der Wille zur Öffnung, andererseits durch die erwarteten Vorteile eines EWR-Beitritts ausgelöste wirtschaftliche Motivationen“ (Kriesi et al., 1993: 66).

Dabei kam eine ausserordentlich starke Polarisierung der zentralen Stimmotive zum Ausdruck: Die Argumente für den EWR wurden von den Befürwortern massiv unterstützt, von den Gegnern aber ebenso vehement abgelehnt. Bei den Gegnern spielen zudem neben kulturellen und ökonomischen Argumenten auch Informationsmängel und das fehlende Engagement des Bundesrates eine gewisse Rolle für ihr Nein zum EWR. In der Deutschschweiz waren in erster Linie der befürchtete Souveränitätsverlust, ökonomische Argumente, die Angst vor Arbeitslosigkeit und die erwartete Zunahme von Ausländern, in der Romandie dagegen das Misstrauen gegenüber der EG für die individuelle Ablehnung des Vertrages ausschlaggebend. Den Hauptgrund für die Verwerfung der Vorlage sehen die VOX-Autoren schliesslich darin, „dass es den Gegnern des EWR in der Kampagne gelungen ist, Argumente zu präsentieren, die tief verwurzelten Überzeugungen und Werten der SchweizerInnen entsprochen haben, d.h. die ihre Identität angesprochen haben“ (Kriesi et al., 1993: 68).

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass Meier-Dallach/Nef (1992: 10) aufgrund einer schriftlichen Vorbefragung zu einer anderen Interpretation der Ergebnisse kommen.⁵ Nach der Auswertung der Antworten zum EWR-Entscheid in dreizehn ausgewählten Regionen, die für die regionale Struktur der Schweiz typisch sind, halten sie folgendes fest: „Die Frage des Ja und des Nein ist primär ein sozialpolitisches Problem und nicht eine Frage von Identität oder Identifikation... Die oberflächliche Sicht auf die im Abstimmungskampf mobilisierten ‚heiligen‘ Werte, sei es im befürwortenden Lager der Mythos der Modernität oder im ablehnenden Lager der Mythos der eigenen Stärke oder Identität, täuscht darüber hinweg, dass im Untergrund soziale Gegensätze zwischen verlierenden und gewinnenden Gruppen der Bevölkerung ausgetragen werden.“

⁵ Die Qualität und Repräsentativität der über 2'000 Antworten bezeichnen die Autoren als hoch und zum Teil als perfekt (Meier-Dallach/Nef, 1992: 18). Trotzdem sind direkte Vergleiche zwischen Vor- und Nachbefragungen aus methodischen Gründen nicht unproblematisch.

4. Aggregat- und Individualdatenanalyse im Vergleich

4.1 Ein explorativer Vergleich

Im Mittelpunkt des folgenden Vergleichs steht die Frage, ob anhand der beiden Methoden ein identisches Profil der Ja- und Nein-Stimmenden beim EWR-Entscheid herausgearbeitet werden kann oder ob voneinander abweichende Resultate festgestellt werden konnten.

Eine Gegenüberstellung ausgewählter Merkmale anhand einfacher bivariater Korrelationen zeigt grundsätzlich eine relativ grosse Übereinstimmung zwischen den Resultaten beider Untersuchungen: Sowohl bei der Aggregatdatenanalyse als auch bei der VOX-Studie erweisen sich neben dem dominierenden Merkmal „Sprache“ die Faktoren „Bildung“, „Berufliche Stellung/Berufsstruktur“, „Stadt-Land/Zentrum-Peripherie“ und „Parteizugehörigkeit/Wähleranteil der Parteien“ als wichtigste Merkmale zur Erklärung des Abstimmungsergebnisses. Schliesslich zeigen beide Untersuchungen, dass weder das Geschlecht noch die Konfessionszugehörigkeit einen bedeutenden Einfluss auf das Stimmverhalten ausgeübt hat.

Differenzen fallen hingegen bei den Merkmalen „Alter“ und „Einkommen/Lebensstandardklasse“ auf. So verweist die Aggregatdatenanalyse auf einen relativ starken Zusammenhang zwischen Gemeinden mit einem hohen Anteil von 40 bis 60jährigen und ihrem Ja-Stimmenanteil zum EWR. Dagegen findet sich bei der VOX-Studie keine signifikante Beziehung zwischen Alter und EWR-Haltung. Diese widersprüchlichen Resultate lassen sich zunächst relativ einfach erklären: Die aggregierte Variable „40–60jährige“ korreliert stark mit dem Durchschnittseinkommen einer Gemeinde (Pearsons $r = 0.64$): Kommunen mit einem hohen Anteil von Personen dieser Alterskohorte weisen überproportional hohe Pro-Kopf-Einkommen aus. Dieses Merkmal widerspiegelt deshalb eher mögliche Gegensätze zwischen den verschiedenen Einkommensschichten als einen Generationenkonflikt.

Es gibt aber noch weitere Gründe für die Unzuverlässigkeit der Altersvariablen auf Aggregatdatenebene: Beim Alter handelt es sich um ein typisches Individual-Merkmal, das im Vergleich zu anderen Merkmalen innerhalb einer Gemeinde relativ heterogen verteilt ist, zwischen den zu vergleichenden Gemeinden aber eine vergleichsweise geringe Variabilität aufweist.⁶ Die Gefahr eines ökologischen Fehlschlusses ist deshalb ziemlich gross, weshalb beim Altersmerkmal eher den Ergebnissen der VOX-Studie vertraut werden sollte. Schliesslich

6 Nef (1989: 560) weist jedoch darauf hin, dass die Variabilität der Altersstruktur der Stimmberechtigten in den Gemeinden für die Durchführung einer Aggregatdatenanalyse grundsätzlich gross genug ist.

Tabelle 4
Vergleich zwischen Aggregat- und Individualdaten (VOX);
Korrelationskoeffizienten¹

Merkmale	aggregiert	individuell (VOX)
Sprache (Deutsch)	0.83**	0.27*
Konfession (Protestantisch)	0.03	0.06
Alter		0.02
– 20–39jährige	0.04	
– 40–60Jährige	0.26**	
– 61jährige und ältere	-0.16	
Geschlecht (Männer)	-0.1	0.02
Einkommen/Lebensstandard	0.34**	0.06
Bildung		0.24*
– hoch	0.38**	
– mittel	0.02	
– niedrig	-0.24**	
Berufliche Position		0.20*
– Leitende Angestellte	0.30	
– Angestellte	0.27**	
– Arbeiter	-0.14	
– Selbständige	-0.16	
Zentrum-Peripherie/Stadt-Land	0.20**	0.28*
Wähleranteil/Parteiidentifikation		0.24*
– SPS	0.23**	
– Grüne Parteien	0.15**	
– CVP	-0.12**	
– FDP	0.24	
– SVP	-0.24**	
– Rechte Parteien	-0.27**	

Datenquelle: Bundesamt für Statistik/Hug, Kummer, Vatter 1993/Kriesi et. al 1993.

1 Bei den aggregierten Daten wurden der Korrelationskoeffizient Pearson's r, bei den VOX-Daten der Korrelationskoeffizient Gamma (für ordinale Daten wie Alter, Bildung, Stadt-Land, Parteiidentifikation) oder Cramer's V (für nominalskalierte Größen wie Sprache, Konfession, Geschlecht, Lebensstandardklasse, Berufliche Position) verwendet.

* (individuell) Variablen sind bei den Korrelationen signifikant ($p < 0.05$, χ^2 -Test).

** (aggregiert) Variablen, die bei einer Regression mit allen Variablen auf dem 99%-Sicherheitsniveau signifikant bleiben.

weisen auch die Befragungen von Meier-Dallach/Nef (1992: 15) darauf hin, dass das Alter nur einen sehr geringen Einfluss auf das Stimmverhalten ausgeübt hat.

Eine zweite Differenz zwischen den Ergebnissen der beiden Untersuchungen findet sich beim Merkmal „Einkommen“ bzw. „Lebensstandardklasse“: Bei der vorliegenden Aggregatdatenanalyse erwies sich dieser Faktor als wichtige und eigenständige Variable, bei der VOX-Analyse dagegen als knapp nicht signifikant. Beim durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen einer Gemeinde handelt es sich um eine aggregierte Grösse, die in vielen Kommunen relativ homogen verteilt ist, während zwischen den Gemeinden teilweise massive Differenzen bestehen. Damit handelt es sich beim Einkommen um eine Variable, die für Aggregatdatenanalysen wichtige Voraussetzungen in optimaler Weise erfüllt, womit auch die Gefahr eines ökologischen Fehlschlusses als gering beurteilt werden kann. Zudem wird in der VOX-Untersuchung nicht direkt nach dem Einkommen gefragt. Vielmehr handelt es sich um eine vorgenommene Einschätzung des Lebensstandards durch den Interviewer. In Übereinstimmung mit Meier-Dallach/Nef (1992: 10) wird deshalb davon ausgegangen, dass tatsächlich eine relativ starke Polarisierung zwischen den verschiedenen Einkommensschichten stattgefunden hat.

Unterschiedliche Ergebnisse finden sich schliesslich auch bei der Einschätzung der Differenzen innerhalb der einzelnen Sprachregionen. Weist die Aggregatdatenanalyse darauf hin, dass die Gegensätze innerhalb der Deutschschweiz weit grösser waren als innerhalb der Romandie,⁷ so sind bei der VOX-Untersuchung beispielsweise keine signifikanten Unterschiede in bezug auf den Stadt-Land-Gegensatz in den einzelnen Sprachgruppen festzustellen: Die Zustimmungsdifferenzen zwischen Personen, die auf dem Land wohnen, und den Einwohnern von Städten betragen in der Deutschschweiz gemäss VOX-Studie nur 14 Prozentpunkte, in der französischen Schweiz dagegen 15 Prozent. Bei der Analyse innerhalb einzelner Regionen liegt dabei einer der Schwächen der VOX, auf die im nächsten Abschnitt noch kurz eingegangen wird.

4.2 *Vor- und Nachteile der beiden Methoden für die Abstimmungsforschung*

Ein explorativer Vergleich der Aggregatdatenanalyse mit den VOX-Umfrageergebnissen anhand einfacher bivariater Korrelationen zeigt grundsätzlich eine hohe Übereinstimmung der Resultate. Dies weist darauf hin, dass einerseits die

⁷ Die Mittelwertvergleiche anhand der 22 Gemeindetypen zeigen in der Romandie Unterschiede im Ja-Stimmenanteil von weniger als 20 Prozent, in der Deutschen Schweiz von über 33 Prozent (Hug/Kummer/Vatter, 1993).

Gefahr ökologischer Fehlschlüsse bei Aggregatdatenstudien als relativ gering eingeschätzt werden darf, andererseits bei Nachbefragungen mit relativ grosser Sicherheit von der ausgewählten Stichprobe der befragten Stimmberechtigten auf die Grundgesamtheit geschlossen werden kann.⁸ Trotzdem haben beide Vorgehensweisen ihre spezifischen Vor- und Nachteile, was eine Kombination beider Verfahren für umfassende Abstimmungsuntersuchungen in Zukunft unumgänglich erscheinen lässt.

a) Stärken und Schwächen von Individualdatenanalysen

- Der grosse Vorteil von Nachbefragungen zu Abstimmungen liegt vor allem darin, dass die Befürworter und Gegner nicht nur nach ihren soziodemographischen Merkmalen unterschieden, sondern zusätzlich auch nach ihren Motiven befragt werden können. Damit wird nicht nur die Frage „Wer stimmte wie?“ sondern auch die Frage nach dem „Warum?“ beantwortet. Einzelne Individuen können nach ihren persönlichen Beweggründen für den Ja- oder Nein-Entscheid befragt werden. Dies ermöglicht die Untersuchung des Zusammenhangs zwischen objektiven Faktoren und ihrer verhaltensrelevanten subjektiven Wahrnehmung.
- Umfragen lassen sich zu jedem Zeitpunkt durchführen. Dabei kann eine Vielzahl von Fragen gestellt werden, die anhand der Sekundärstatistiken auf Aggregatdatenebene nicht untersuchbar sind.
- Mit repräsentativen Befragungen kann aber nicht das tatsächliche Verhalten überprüft, sondern nur nach Einstellungen gefragt werden, die stark von Normen und Werten geprägt sind. Hier stellt sich die alte Frage, inwiefern von verbalen Aussagen direkt auf das Verhalten von Personen geschlossen werden darf. In den VOX-Analysen manifestiert sich dieses Problem vor allem bei der Frage nach der Teilnahme am Urnengang. So liegt die erfragte Stimmbeteiligung bei der VOX durchschnittlich um 17 Prozentpunkte über dem effektiven Wert (Mottier, 1992: 4). Soziale Normen – „Abstimmungsteilnahme als staatsbürgerliche Pflicht“ – verzerren bei diesen Fragen die Antworten (sog. overreporting). Solche Effekte treten aber nicht nur bei der Partizipationsfrage, sondern auch bei der Frage nach dem inhaltlichen Stimmverhalten auf. So besteht beispielsweise bei der VOX-Analyse über die Abstimmung zum bäuerlichen Bodenrecht vom 27. September 1992 (Hardmeier, 1993: 41) eine Differenz von zehn Prozentpunkten zwischen

⁸ Dies zeigt sich nicht nur bei der EWR-Abstimmung, sondern auch bei einem weiteren Vergleich der VOX-Analysen mit den Aggregatdatenstudien der Zürcher Soziologen bei anderen Vorlagen.

der erfragten (64 Prozent) und der effektiven (materiellen) Zustimmung (53,6 Prozent).

- Ein zweites Problem bei den VOX-Analysen bildet die Stichprobengrösse: Wie weit darf von den Angaben von 1'000 Stimmberchtigten auf das Verhalten aller Schweizer Urnengänger geschlossen werden? Bei gesamtschweizerisch knapp 1'000 Interviews weisen Aussagen über das Stimmverhalten auf nationaler Ebene zwar eine grosse statistische Sicherheit auf. Dagegen müssen Aussagen über das Stimmverhalten innerhalb der lateinischen Sprachgruppen und erst recht innerhalb einzelner Regionen aufgrund der kleinen Zahl von Interviews grundsätzlich als statistisch unzuverlässig beurteilt werden.⁹ Da beispielsweise beim EWR-Urnengang in der Romandie nur 174 Urnengänger befragt wurden, können keine statistisch gesicherten Aussagen über die Konfliktlinien innerhalb der Romandie oder des Tessins (47 materiell Stimmende befragt) gemacht werden. So beträgt der Stichprobenfehler bei 200 Befragten schon mehr als $+/- 7$ Prozent und steigt bei weniger als 100 Interviewten bekanntlich auf über 10 Prozent an.
- Bei tiefer Stimmberchtigung gelangen schliesslich auch auf nationaler Ebene die Aussagen der VOX-Analysen über das Verhalten der Urnengänger an die statistisch vertretbare Grenze. Bei der Multipack-Abstimmung vom 17. Mai 1992 betrug die Stimmberchtigung 38,6 Prozent. Die entsprechende VOX-Analyse zum Stimmverhalten basierte dabei noch auf 472 materiell Stimmenden (Buri/Kühne/Schloeth/Klöti, 1992: 6). Bei dieser Stichprobengrösse liegt die statistische Fehlermarge bereits bei über $+/- 4,5$ Prozent.
- Analog zum ökologischen Fehlschluss bei Aggregatdatenstudien besteht bei den VOX-Analysen umgekehrt die Gefahr individualistischer Fehlschlüsse, d.h. dass Kontextbedingungen, die für das individuelle Stimmverhalten von zentraler Bedeutung sind, nur unzureichend erfasst werden.

b) Stärken und Schwächen von Aggregatdatenanalysen

- Die Vorteile von Aggregatdatenanalysen liegen vor allem in der Möglichkeit, regional differenzierte Aussagen zu machen und den Einfluss von Kontexteffekten auf das Stimmverhalten zu untersuchen. Mit dem Einbezug der Resultate der rund 2'900 Schweizer Gemeinden können beispielsweise auch die Gegensätze innerhalb der Romandie, des Tessins oder anderer ausgewählter Regionen festgehalten werden.

⁹ Meier-Dallach/Nef (1992: 17) weisen im weiteren darauf hin, dass mit gesamtschweizerischen Stichproben in der Regel die für die Schweiz entscheidenden Kontraste zwischen den Regionen übersehen oder unterschätzt werden.

- Aggregatdatenanalysen lassen sich mit einem Bruchteil der Kosten durchführen, die für Abstimmungsumfragen aufgewendet werden müssen.
- Die beiden wichtigsten Nachteile von Aggregatdatenstudien wurden schon angetönt: Erstens besteht keine Möglichkeit, die Motive der Stimmberechtigten zu eruieren. Zweitens existiert die Gefahr ökologischer Fehlschlüsse, d.h. dass fälschlicherweise von Kontextzusammenhängen direkt auf das individuelle Abstimmungsverhalten bestimmter Merkmalsgruppen geschlossen wird.
- Ein zusätzliches Problem bilden die Qualität und die theoretische Relevanz der verfügbaren Daten. So muss beispielsweise noch heute bei einzelnen Merkmalen auf die Daten der Volkszählung von 1980 zurückgegriffen werden.
- Im weiteren gibt auch die Wahl des optimalen Aggregationsniveaus regelmäßig Probleme auf. So kann beispielsweise bei der vorliegenden Untersuchung die Frage nicht schlüssig beantwortet werden, ob ökonomische Variablen eher auf Gemeinde- oder Bezirksebene untersucht werden sollen.

5. Die Abstimmungskampagne

Im folgenden wird auf eine detaillierte Prozessanalyse der Abstimmungskampagne verzichtet (vgl. hierzu ausführlich Kriesi et al., 1993: 16 ff., Egger, et al., 1993). Hingegen werden zusammenfassend die Merkmale der Kampagnen-Strategien der Befürworter und der Gegner skizziert und Hypothesen über die Wirkung der Kampagne auf das Abstimmungsergebnis aufgestellt.

5.1 *Merkmale der Pro- und Kontra-Kampagne*

Die Pro-Kampagne

Die Kampagne der EWR-Befürworter begann im Vergleich zurjenigen der Gegner relativ spät und verlief ziemlich unregelmässig. So startete das Komitee „Ja zum EWR“ seine Kampagne mit einer zweiwöchigen Zeitungspräsenz am 28. September, zog sich aber anschliessend bis zum 11. November völlig zurück. Richtig in Schwung kam die Pro-Kampagne erst in den drei letzten Wochen vor der Abstimmung. In diesen drei Wochen konnte die bisher massive Propaganda-Dominanz der Gegner aber nur noch in bezug auf die Inseratefläche und auf den finanziellen Aufwand ausgeglichen werden. In bezug auf

die Anzahl Inserate bzw. auf die Auflage dominierten auch in der Schlussphase klar die EWR-Gegner. Dies hängt damit zusammen, dass die Befürworter relativ wenige, aber grossflächige Inserate plazierten. Sie investierten damit zwar viel Geld, erreichten aber mit ihren Inseraten relativ wenige Leser. Inhaltlich konzentrierten sich die Befürworter vorerst klar auf allgemein und sachlich gehaltene Informationen zu den Auswirkungen des EWR auf die Schweizer Wirtschaft und auf abstrakte „staatspolitische“ Argumente wie „Öffnung gegen Aussen“ oder „Internationale Solidarität“. Erst in der Schlussphase nahmen sie sich verstärkt den individuell besser erfassbaren Themen Arbeitslosigkeit oder Lohndruck an. Der Stil der Pro-Inserate war in der Regel allgemein und sachlich, wobei auch sie vor allem gegen Ende der Abstimmungskampagne zu vereinfachenden, „emotionalisierenden“ Argumenten griffen. Ein einheitliches, von Anfang bis Ende durchgezogenes Konzept kann bei den Befürwortern nicht festgestellt werden. Dies könnte einerseits darauf zurückgeführt werden, dass sie durch beunruhigende Umfrageergebnisse zu einer überstürzten Reaktion gezwungen wurden. Andererseits dürfte aber auch die Zersplitterung der Kräfte auf viele verschiedene Akteure und die damit zusammenhängenden Koordinationsschwierigkeiten für die Konzeptlosigkeit der Pro-Kampagne eine Rolle gespielt haben.

Die Kontra-Kampagne

Die Kampagne der EWR-Gegner begann bereits im September und wurde in ihrer Intensität bis zum Abstimmungstermin kontinuierlich und ohne grössere Einbrüche ausgebaut. Bis drei Wochen vor der Abstimmung führte dies zu einer massiven Propaganda-Dominanz für die EWR-Gegner. Die Kontra-Seite schaltete viele kleine Inserate in allen – auch lokalen – Zeitungen der Schweiz und verbreitete damit stichwortartig das Nein zum EWR in sehr hoher Auflage. Mit relativ geringen Kosten erreichten sie so relativ viele Leser. Bei den Kampagne-Themen setzten die Gegner zwei Schwerpunkte: Einerseits konzentrierten sie sich auf konkrete, individuell erfahrbare Themen wie die Angst vor Arbeitslosigkeit, Überfremdung und Lohndruck. Auf der „staatspolitischen“ Ebene standen thematisch der „Sonderfall Schweiz“, Neutralität, Freiheit und Souveränität im Vordergrund. Gleichzeitig kreierten sie das neue Feindbild „Brüssel“. In bezug auf den Stil waren die Inserate der Gegner in der Regel relativ einfach, gut verständlich, teilweise aber stark vereinfachend und emotionsgeladen. Schliesslich erlaubte die Konzentration der Mittel auf relativ wenige Akteure den Gegnern eine gut geplante und koordinierte, regelmässige, inhaltlich konsistente und auch konsequent durchgezogene Kampagne.

5.2 *Hypothesen zur Wirkung der Abstimmungskampagne*

Kriesi et al. (1993: 5) bezeichnen die EWR-Abstimmung als „wenig vorbestimmte oder labil prädisponierte Vorlage“. Die Beeinflussungschancen durch die Kampagne werden bei solchen Vorlagen als relativ hoch eingestuft (Gruner/Hertig, 1983). Obwohl Aussagen über direkte Wirkungen der Propaganda-Anstrengungen auf das effektive Abstimmungsresultat mit äusserster Vorsicht zu geniessen sind, sollen im folgenden drei Hypothesen zu möglichen Wirkungen der Abstimmungskampagne formuliert werden:

Entgegengesetzte „band-wagon“-Effekte

In der Romandie kam es schon relativ früh zu einer intensiven Positiv-Kampagne, in der Deutschschweiz dagegen zu einer ebenso ausgeprägten Negativ-Kampagne, die bereits Monate vor dem Abstimmungstermin einsetzte und mit vielen kleinen, breit gestreuten Inseraten eine grosse Anzahl Stimmbürger erreichte. Damit bildeten sich in den beiden grossen Sprachregionen jeweils entgegengesetzte, relativ stark gefestigte Meinungsklimata heraus, die zu gegensätzlichen Ansteckungsprozessen führte. Unter dem Druck des jeweils vorherrschenden Meinungsklimas schlossen sich die Unentschlossenen in der Deutschschweiz und der Romandie derjenigen Seite an, von der sie annahmen, dass sie in ihrem jeweiligen Umfeld den Sieg davontragen würde (sog. „band-wagon-Effekt“). Dieser Umstand könnte wenigstens einen Teil der Polarisierung zwischen der Deutschschweiz und der Romandie erklären. Jedenfalls gelang es der zu spät einsetzenden und aufgrund der mangelnden Koordination relativ konzeptlosen Pro-Kampagne nicht mehr, das von der Kontra-Kampagne kreierte und konsequent verstärkte negative Meinungsklima in der Deutschschweiz zu verändern.

Zu spät einsetzende Pro-Kampagne

Betrachtet man lediglich die letzten sieben Wochen des Abstimmungskampfes, so lässt sich in der Zeit der grössten Propaganda-Dominanz der Gegner (3 bis 4 Wochen vor der Abstimmung) auch ein Anstieg der Nein-Anteile in den Befragungen feststellen, während die Ja-Anteile etwa konstant blieben. Dies ist insofern von Bedeutung, als in einigen Kantonen aufgrund der Möglichkeit zur brieflichen Stimmabgabe der definitive Stimmentscheid schon in dieser Zeit gefällt werden konnte. Nachdem die Kampagne der Befürworter in den drei letzten Wochen vor dem 6. Dezember in Gang gekommen war, stiegen auch die Ja-Anteile in den Befragungen wieder an. Der Rückstand auf die Gegner konnte aber nicht mehr wettgemacht werden. Insbesondere scheint es

den Befürwortern nicht gelungen zu sein, die bis zuletzt ungewöhnlich grosse Anzahl von Unentschlossenen zu überzeugen.

Konkrete Angst-Argumente förderten Ablehnung

Die Argumente zu wichtigen Themen der Abstimmungs-Kampagne wie „Auswirkungen auf Arbeitslosigkeit und Löhne“ oder „Auswirkungen auf die direkte Demokratie und die Souveränität“ waren teilweise völlig widersprüchlich. Dies bewirkte ein verunsichertes und emotionsgeladenes Abstimmungsklima. In dieser Situation scheint es plausibel, dass der Stil und die Argumentation der EWR-Gegner besser ankam, die stärker mit konkreten Ängsten vor individuellem wirtschaftlichem Niedergang und einfachen Feindbildern operierten, gegenüber der Strategie der Befürworter, die eher mit allgemeinen Versprechungen und Hoffnungen auf wirtschaftliche Vorteile argumentierten.

Die EWR-Gegner haben sowohl in bezug auf das Timing (d.h. die Verteilung der Mittel über die Zeit), die Verteilung der Mittel auf die Zahl der Inserate, die Kampagnen-Inhalte, als auch in bezug auf den Stil und die Koordination eine wirkungsvollere Strategie gewählt. Die Gegner-Kampagne war schliesslich deshalb erfolgreich, weil sie emotional die tief verwurzelte kulturelle Identität der Schweizer mit ihrem Land ansprach und mit ihrem frühen und offensiven Abstimmungskampf die grösste Wirkung erzielte und damit auch die mehrheitlich positive Medienberichterstattung neutralisieren konnte.

6. Aussenpolitische Abstimmungen im Vergleich

6.1 Unterschiedliches Verhalten bei aussenpolitischen Abstimmungen

Lévy (1990) hatte festgestellt, dass sich die Kantone bei thematisch ähnlichen Abstimmungen durch ein konstantes Verhalten auszeichnen. Germann (1991: 267) folgerte daraus, dass die Verteilung der Ja-Stimmen auf die Kantone in einer Europa-Abstimmung „ungefähr die gleiche sein wird wie bei der UNO-Abstimmung von 1986“. Diese Hypothese lässt sich empirisch nicht bestätigen. Zwischen den Ja-Stimmen der Kantone bei der EWR- und der IWF-Abstimmung besteht zwar eine starke positive Beziehung (Pearsons $r = 0.86$). Der Zusammenhang zwischen der EWR- und der UNO-Abstimmung fällt jedoch schon niedriger aus (Pearsons $r = 0.65$). Zudem korrelieren verschiedene innenpolitische Abstimmungen wie z. B. die Armeeabschaffungsinitiative von 1989 deutlich stärker mit der EWR-Vorlage als die aussenpolitischen Vorlagen mit Ausnahme der IWF-Abstimmung. Wählt man schliesslich die UNO-Abstimmung als Ausgangspunkt, finden sich zwischen 1981 und 1990 nicht weniger als zwölf

innenpolitische Abstimmungen, die einen höheren Zusammenhang aufweisen als die aussenpolitischen Abstimmungen (Hofer/Imboden, 1991: 21). Die Initiative zur Armeeabschaffung weist dabei einen nahezu perfekten Zusammenhang mit der UNO-Abstimmung auf.

Nicht allein der Themenbereich „Aussenpolitik“ sondern auch die massgeblichen Konfliktlinien, die durch eine aussenpolitische Vorlage akzentuiert werden, üben einen wichtigen Einfluss auf die Ähnlichkeit des Verhaltens bei Abstimmungen aus. Sobald sich diese Konfliktlinien ändern, ist die Ähnlichkeit des Themenbereiches nicht mehr von zentraler Bedeutung.¹⁰ Ein derart konstantes Verhaltensmuster lediglich aufgrund des Themenbereichs, wie dies von Germann (1991) und Lévy (1990) postuliert wird, muss deshalb relativiert werden. Um Gemeinsamkeiten zwischen den verschiedenen Abstimmungen zu beschreiben und zu interpretieren, muss vielmehr zusätzlich nach den relevanten Konfliktlinien einer Abstimmung gefragt werden.

6.2 *Ein einfaches Modell für aussenpolitische Abstimmungen*

Obwohl sich bei aussenpolitischen Abstimmungen ein unterschiedliches Verhalten feststellen lässt, sollen im folgenden anhand aggregierter Daten die wichtigsten Gemeindemarkale zur Erklärung der zentralen Konfliktlinien bei aussenpolitischen Vorlagen herausgearbeitet werden.

In bezug auf aussenpolitische Themen ist das unterschiedliche Verhalten verschiedener Sprachregionen hinlänglich bekannt.¹¹ In der UNO-, der IWF- und der EWR-Vorlage weist der Faktor Sprache jedoch bei weitem nicht die gleiche Stärke auf: Während in der EWR-Abstimmung auf Gemeindeebene rund 70 Prozent des unterschiedlichen Stimmverhaltens durch die Zugehörigkeit zum französischen Sprachraum erklärt werden können, sind es bei der IWF-Vorlage noch 33 Prozent und bei der Frage nach dem UNO-Beitritt gar nur noch 4 Prozent. Lediglich in der weit zurückliegenden Volksabstimmung über den Beitritt zum Völkerbund (1920) zeigte sich – in einer aussenpolitischen Frage – ein ähnlich starker Gegensatz zwischen dem französischen und deutschem Sprachgebiet wie dies 1992 der Fall war.¹² Das Merkmal „Sprache“ weist also

10 Dass sich das Abstimmungsverhalten der Kantone bei aussenpolitischen Vorlagen nicht systematisch vom Verhalten bei innenpolitischen Vorlagen unterscheidet, zeigen die Cluster-Analysen bei Hug/Kummer/Vatter, 1993 und Bernath et al., 1993.

11 Einen systematischen Erklärungsversuch zur unterschiedlichen Haltung der Deutschschweizer und der Romands in der Europa-Frage unternehmen Widmer/Buri (1992: 363 ff.).

12 Bei der Völkerbund-Abstimmung wirkte vor allem die Erfahrung des ersten Weltkrieges mit, in der die Sprachregionen sich zu unterschiedlichen Nachbarn hingezogen fühlten (Ruffieux, 1972: 116). Nef/Rosenmund (1986: 16f.) vergleichen die UNO-Abstimmung mit der Völkerbund-Vorlage und stellen dabei fest, dass die Zustimmung zum Völkerbund – im

keinen konstanten Einfluss auf das Resultat der drei aussenpolitischen Abstimmungen auf.¹³

Tabelle 5

Ein einfaches Modell zur Erklärung von aussenpolitischen Abstimmungen

Gemeindemerkmale	UNO (86)	IWF (92)	EWR (92)
Sprache französisch (%)	0.08	0.45	0.75
Anteil Bildung hoch	0.38	0.33	0.20
Anteil Angestellte	0.19	0.20	0.18
SVP-Wähleranteil	-0.16	-0.16	-0.06
SPS-Wähleranteil	0.11	0.09	0.12
R ² (adjusted)	0.49	0.67	0.87
N	1803	1803	1803

Datenquelle: Bundesamt für Statistik/Hug, Kummer, Vatter 1993.

* (individuell) Variablen sind bei den Korrelationen signifikant ($p < 0.05$, c^2 -Test).

Abhängige Variable: Ja-Stimmenanteil der Vorlage

Multiple Regressionsanalyse (Beta-Koeffizienten): Alle Gemeinden über 500 Einwohner (N = 1803)

Alle Variablen signifikant auf 99 %-Niveau ($t > 2.576$)

Neben der Zugehörigkeit zu einer Sprachregion konnten in der vorliegenden Aggregatdatenanalyse die Bildungs- und Berufsstruktur und die Dominanz von SVP- und SP-Wählerranteile als wichtigste Faktoren für das Stimmverhalten der Gemeinden mit mehr als 500 Einwohnern identifiziert werden. Allein mit diesen fünf Variablen lässt sich die EWR-Vorlage zu 87, die IWF-Abstimmung zu 67 und die Vorlage zum UNO-Beitritt zu 49 Prozent statistisch erklä-

Gegensatz zur UNO-Abstimmung – „fast ausschliesslich der sprachkulturellen Prägung“ folgt. Der starke Einfluss der Sprachzugehörigkeit in der Völkerbundvorlage deutet ihrer Meinung nach darauf hin, „dass ein kollektives Gedächtnis, ein gemeinsame Geschichte aufbewahrender Erfahrungsspeicher, aktiviert worden ist.“

13 Betrachtet man nicht nur die aussenpolitischen Vorlagen, sondern das gesamte Themen-Spektrum, erscheint das Merkmal „Sprache“ immer wieder als wichtiger Erklärungsfaktor im statistischen Sinn. In den 163 Abstimmungen im Zeitraum von 1972 bis 1992 wurden 29 Abstimmungen (17,8 Prozent) gezählt, in denen die Romandie anders als die Deutschschweiz entschieden hätte. Besonders häufig waren die Konflikte in den Bereichen Energie, Landwirtschaft, Direkte Demokratie, Föderalismus sowie Verkehr (Linder, 1993).

ren. Auffallend ist dabei die Dynamik der Veränderung in den verschiedenen Merkmalskategorien: Etwa in dem Masse, wie das Gewicht der soziostrukturrellen und ökonomischen Variablen schwindet, nimmt der sprachkulturelle Einfluss zu. Bei der UNO-Abstimmung öffneten sich die grössten Gräben entlang der Bildungsschichten und der Beschäftigtenkategorien. Beim IWF und erst recht beim EWR bildet aber die Zugehörigkeit zu einem kulturellen Sprachraum das wichtigste Merkmal zur Erklärung der unterschiedlichen Abstimmungsresultate der Gemeinden.

7. Schlussfolgerungen

Aufgrund der Ergebnisse der vorliegenden Aggregatdatenanalyse zeigt sich eine Polarisierung bei der EWR-Abstimmung entlang eines doppelten Kultur- und Strukturkonfliktes, der auf zwei unterschiedlichen Ebenen stattgefunden hat.

Auf einer übergeordneten Ebene bildet die unterschiedliche Zugehörigkeit zu einer Sprachgruppe und die jeweilige Identifizierung mit den gemeinsamen Werten einer Kulturregion die erste und augenfälligste Konfliktlinie. Im engeren Umfeld legt die Zugehörigkeit zu einem bestimmten soziostrukturrellen Milieu und die Übernahme der darin verankerten Wertmuster die zweite Konfliktachse fest. Je nach Konstellation haben sich dabei progressive bzw. konservative Kultur- und Strukturmerkmale gegenseitig verstärkt oder neutralisiert („cross pressures effects“). Nicht die unterschiedlichen Positionen zwischen den Geschlechtern und den Generationen oder der neue Wertekonflikt zwischen Materialisten und Postmaterialisten haben sich als die zentralen Konfliktachsen bei diesem Grundsatzentscheid herausgestellt. Vielmehr zeigte sich, dass auch durch die hohe Konfliktintensität und Mobilisierung bei der EWR-Vorlage schliesslich tieferliegende Gegensätze zwischen Tradition und Moderne, zwischen struktureller Peripherie und urbanen Zentren, zwischen konservativem und progressivem Milieu und zwischen ressourcenarmen und finanzstarken Regionen zum Tragen gekommen sind.

Bei der Verwendung verschiedener theoretischer Erklärungsmuster hat sich derjenige Ansatz als besonders aussagekräftig herausgestellt, der die unterschiedlichen Ja-Stimmenanteile der Kommunen mit ihren wertkonservativen bzw. wertprogressiven Milieus zu erklären versucht. Für eine Typisierung der Schweizer Gemeinden wurde das vom Soziologen Nef (1989) anhand soziostrukturer Merkmale entwickelte Gemeindekonzept des wertprogressiven bzw. -konservativen Idealtyps durch eine soziokulturelle Achse erweitert: Untersuchungen zeigen, dass sich die französischsprachige Schweiz überdurch-

schnittlich an progressiven, die Deutsche Schweiz aber überproportional an konservativen Wertmustern orientiert (Meier-Dallach et al., 1991: 16 ff.; Melich, 1991: 23). Die stärksten Unterschiede im Abstimmungsverhalten finden sich zwischen Deutschschweizer Gemeinden, die aufgrund ihrer Sozialstrukturen am stärksten dem „Idealtyp wertkonservativer Konfiguration“ entsprechen und zwischen Gemeinden der Romandie, die am ehesten dem „Idealtyp wertprogressiver Konfiguration“ nahekommen:

Gemeindetyp 1: kulturell und strukturell wertprogressiv

Bei diesem Gemeindetyp handelt es sich um urbane Gemeinden der französischsprachigen Schweiz, mit tertiärer Struktur, mit einem hohen Anteil von Personen mit hoher Bildung und hohem Einkommen, vielen Angestellten und einem hohen Wähleranteil der linken und grünen Parteien. Das aufgrund der modernen Sozialstrukturen vorherrschende wertprogressive Milieu wurde durch die grundsätzlich aussenorientierte und weltoffene Kultur der Romandie noch verstärkt. Der durchschnittliche Ja-Stimmenanteil dieser Gemeinden liegt bei über 80 Prozent.

Gemeindetyp 2: kulturell progressiv, strukturell wertkonservativ

Hier handelt es sich um agrarisch-strukturierte Landgemeinden der französischen Schweiz mit vielen Personen mit niedriger Bildung und niedrigem Einkommen, einer grossen Anzahl von Landwirten und Kleingewerblern und mit einem hohen Wähleranteil bürgerlich-konservativer und rechtsgerichteter Parteien. Die aussenorientierte und grundsätzlich wertprogressive Kultur der Westschweiz steht bei diesen Gemeinden im Widerspruch zu ihren traditionellen Sozialstrukturen, welche zu einem eher konservativeren Verhalten führt. Der Ja-Stimmenanteil dieses Gemeindetyps schwankt zwischen 52–73 Prozent.

Gemeindetyp 3: kulturell konservativ, strukturell wertprogressiv

Diesem Gemeindetyp können urbane Gemeinden der deutschen Schweiz mit einem hohen Anteil hochqualifizierter Personen mit mittlerem bis hohem Einkommen, vielen Angestellten und einem hohen Wähleranteil von SP und Grünen zugeordnet werden. Ihre Bewohner stehen im Konflikt zwischen der grundsätzlich isolationistischeren und binnenorientierten Kultur der alemannischen Schweiz und den modernen Sozialstrukturen ihres engeren Umfelds, welches ein progressives Verhalten begünstigt. Der Ja-Stimmenanteil dieses Gemeindetyps variiert zwischen 52 und 62 Prozent.

Gemeindetyp 4: kulturell und strukturell wertkonservativ

In dieser Kategorie figurieren periphere Landgemeinden der Deutschschweiz mit einem grossen Anteil von Personen mit geringer Bildung und geringem Einkommen, vielen Landwirten und Gewerbetreibenden und mit einem gerin- gen Wähleranteil links-grüner Parteien. Ihre Bewohner bewegen sich in über- einstimmenden Wertmilieus: Die aufgrund der traditionellen Sozialstruktur bestehenden stabilitätsorientierten Auffassungen werden durch die isolatio- nistischere Kultur der deutschen Schweiz noch verstärkt. Der Ja-Stimmenanteil dieses Gemeindetyps liegt im Durchschnitt unter 20 Prozent.

Grundsätzlich schneiden für die Erklärung der unterschiedlichen Ja-Stim- menanteile der Gemeinden ökonomische Erklärungsmuster vergleichsweise unbefriedigend ab. Ökonomische (Rational Choice) Abstimmungsanalysen operationalisieren in der Regel mit vorlagspezifischen Gruppenvorteilen für bestimmte Berufsbranchen, dem Durchschnittseinkommen und den zu erwartenden Steuermehrbelastungen das individuelle Nutzenkalkül der Stimm- bürgers. Zwar weisen Gemeinden und Bezirke mit einem sehr hohen Anteil Be- schäftigter in exportabhängigen Branchen eine durchschnittlich grössere Zu- stimmung auf als Regionen mit einem sehr hohen Anteil Beschäftigter in binnenmarktabhängigen und staatlich geschützten Wirtschaftszweigen. Sie lehnten aber gesamthaft in der deutschen Schweiz den EWR immer noch mit absoluter Mehrheit ab. Die Annahme, dass einerseits die Bewohner von exportabhängigen Regionen aus ökonomischem Eigeninteresse den EWR be- fürworten, da ihre Wirtschaft bei einer Ablehnung überproportionale Diskrimi- nierungen und erschwerete Marktzugänge zu befürchten hat, und umgekehrt Regionen mit einem hohen Anteil Beschäftigter in binnenabhängigen Branchen aufgrund des zu erwartenden Konkurrenzdruckes aus dem Ausland den Vertrag ablehnen, kann aufgrund der empirischen Ergebnisse nicht aufrechterhalten werden. Insbesondere erweist sich die These der beiden Ökonomen Blöchliger/ Spillmann (1992: 536) bei der EWR-Vorlage als unzutreffend, „dass für Ab- stimmungsvorlagen die Branchenzugehörigkeit der Gemeindebewohner ent- scheidend ist.“ Mit den Branchenstrukturen der Gemeinden kann nur ein sehr kleiner Teil der Varianz im Stimmverhalten erklärt werden.

Bedeutungslos sind deshalb ökonomische Erklärungsmuster nicht. Der hochsignifikante Einfluss des Pro-Kopf-Einkommens, die extremen Zustim- mungsdifferenzen zwischen „reichen“ und „armen“ Gemeinden und die hohe Relevanz der Variable „Stellung im Beruf“ weisen daraufhin, dass beim EWR nicht nur das vorherrschende Wertmilieu, sondern auch die wirtschaftliche Situation und die daraus resultierenden divergierenden Einschätzungen der ökonomischen Folgen eines EWR-Beitritts einen gewissen Einfluss auf das Stimmverhalten ausgeübt hat.

Die Individualdatenanalyse bestätigt dabei die vorliegenden Ergebnisse und gibt weitere Aufschlüsse: Das EWR-Votum war in erster Linie ein Abbild der kulturellen Identität der Stimmbürger und weniger ein rationales Kosten-Nutzenkalkül oder das Ergebnis von parteikonformen Verhalten. Neben dem sprachkulturellen und dem soziostruktturellen Konflikt spielte dabei noch eine weitere Konfliktlinie eine besonders wichtige Rolle: Die starken Unterschiede im Stimmverhalten zwischen denjenigen, die mit dem Bundesrat zufrieden sind und denjenigen, die seine Leistungen als ungenügend beurteilen. Diese Tatsache lässt sich am ehesten als eine retrospektive – und negativ ausgewogene – Evaluation der Regierungsleistungen bzw. der politischen Elite interpretieren.

Zusammenfassend kann damit das Stimmverhalten bei der EWR-Vorlage theoretisch am ertragreichsten mit einem Konzept erklärt werden, das den in der US-amerikanischen Wahlforschung neu propagierten „culture approach“ (Leege et al., 1991) mit einem Ansatz kombiniert, der das Stimmverhalten auf die Wertmuster des engeren soziostruktturellen Kontext zurückführt (Nef, 1989). Der Rational Choice-Ansatz und Konzepte, die das Stimmverhalten anhand weiterer Konfliktlinien (Bsp. Postmaterialismus-Materialismus-Gegensatz) erklären wollen, erweisen sich hingegen als wenig aussagekräftig.

LITERATURVERZEICHNIS:

- Bernath M., Hasler S., Windlinger A., Schärer S., Witschi S. (1993), Die EWR-Vorlage: Eine typisch aussenpolitische Abstimmung?, Forschungszentrum für schweizerische Politik, Bern.
- Blöchliger H., Spillmann A., (1992), Wer profitiert vom Umweltschutz? Verteilungswirkungen und Abstimmungsverhalten in Verkehrs- und Umweltvorlagen, Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 128 (3), 525–540.
- Buri C., Kühne A., Schloeth D., Klöti U. (1992), Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 17. Mai 1992, GfS Forschungsinstitut, Universität Zürich, VOX Nr. 45, Adliswil/ Zürich.
- Buri C., Schneider G. (1993), Gründe und Scheingründe für das Schweizer Abstimmungsverhalten, Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 19 (2), 389–417.
- Egger T., Gygax C., Studinger S., Gross C., Meister G., Rickenbacher A. (1993), Welchen Einfluss hat die Abstimmungspropaganda auf den EWR-Entscheid?, Forschungszentrum für schweizerische Politik, Bern.
- Epple-Gass R. (1992), Der Bauern- und Arbeiterbund und das Abstimmungsverhalten 1890–1905, Paper presented at the European Consortium for Political Research at Limerick (Ireland).
- Germann R. E. (1991), Die Europatauglichkeit der direktdemokratischen Institutionen der Schweiz, Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft, 31, 257–270.
- Gruner E. (1987), Die direkte Demokratie in der Bewährungsprobe, Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft, 27, 283–313.

- Gruner E., Hertig H.-P. (1983), *Der Stimmürger und die „neue“ Politik*, Haupt, Bern/Stuttgart.
- Hardmeier S. (1992), Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 27. September 1992, GfS Forschungsinstitut, Universität Bern, VOX Nr. 46, Adliswil/Bern.
- Hauser H., Bradke S. (1991), *EWR-Vertrag, EG-Beitritt, Alleingang: Wirtschaftliche Konsequenzen für die Schweiz*, Gutachten zuhanden des Bundesrates, Chur/Zürich.
- Hofer H., Imboden D. (1991), *Achtung! Europa-feindliche Kantone. Eruierung der 14 europa-feindlichsten Kantone der Schweiz mit Hilfe von statistischen Methoden*, Forschungszentrum für schweizerische Politik, Bern.
- Hug D., Kummer L., Vatter A. (1993), *Die Volksabstimmung über den Beitritt der Schweiz zum europäischen Wirtschaftsraum (EWR) vom 6. Dezember 1992, Eine Analyse der Abstimmungsresultate im Auftrag des Bundesamtes für Statistik, Eidgenössische Druck- und Materialienzentrale*, Bern.
- Joye D. (1987), *Structure politique et structure sociale, Analyse écologique des votations suisses 1920–1980*, Lausanne.
- Kriesi H., Longchamp C., Passy F., Sciarini P. (1993), *Analyse des votations fédérales du 6 décembre 1992*, GfS Institut de recherche/Université de Genève, Adliswil/Genf.
- Ladner A. (1993), *Die EWR-Abstimmung vom 6. Dez. 1992, Eine Analyse der Ja-Stimmenanteile in den 171 Zürcher Gemeinden*, Kleine Zürcher Gemeindestudien, Nr. 2, Zürich.
- Lege D. C., Lieske J. A., Wald K. W. (1991), *Toward Cultural Theories of American Political Behavior*, in: Crotty W. (Ed.), *Political Science: Looking to the Future, Political Behavior*, Vol. 3, Northwestern University Press, Evanston, 193–238.
- Lévy R. (1990), *Votes populaires et disparités contextuelles*, Revue française de science politique, XL (IV), 586–606.
- Linder W. (1993), *Das unterschiedliche Abstimmungsverhalten der französisch- und deutschsprachigen Schweiz*, Referat vor der Verständigungskommission des National- und Ständerates vom 10.2.1993 (schriftliche Fassung).
- Linder W., Segesser J., Longchamp C., Meyer L., Holenstein K., Hirter H. (1988), *Detail-Analyse der Volksabstimmung über die Koordinierte Verkehrspolitik (KVP)*, Forschungszentrum für schweizerische Politik, Bern.
- Meier-Dallach H.-P., Nef R. (1992), *Scherbenhaufen, Katharsis oder Chance? Motive und Hintergründe des Ja und Nein zum EWR im Vergleich zwischen den Sprachregionen, Randregionen und Zentren sowie sozialen Schichten*, Pressedokumentation, Zürich.
- Meier-Dallach H.P., Gloor D., Hohermuth S., Nef R. (1991), *Das Kulturverhalten der Bevölkerung, Vielfalt, Kontraste und Gemeinsamkeiten*, Basel, Schweizerischer Nationalfonds (Nationales Forschungsprogramm 21, Reihe: Kurzfassungen der Projekte).
- Melich A. (1991), *Die Werte der Schweizer*, Bern.
- Mottier V. (1992), *la structuration sociale de la participation*, Paper presented at the Kongress der Schweizerischen Vereinigung für Politische Wissenschaft in Balsthal.
- Nef R. (1980), *Struktur, Kultur und Abstimmungsverhalten, Zur interregionalen Variation von politischen Präferenzen in der Schweiz 1950–1977*, Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 10, 155–190.
- Nef R. (1989), *Armeeabschaffungs-Initiative: Soyons réalistes, demandons l'impossible?*, Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 19 (1), 545–582.
- Nef R., Rosenmund M. (1984), *Das energiepolitische Plebisitz vom 23. September 1984 zwischen Entwicklungserwartung und Wachstumskritik*, Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 14 (3), 689–722.

- Nef R., Rosenmund M. (1986), Gebannte Entzauberung des Sonderfalls? Eine statistische Analyse der Bundesabstimmungen „Beitritt zur UNO“ sowie „Beitritt zum Völkerbund“ auf der Basis von 1655 Gemeinden, Soziologisches Institut der Universität Zürich.
- Pommerehne W. (1982), Steuern, Staatsausgaben und Stimmbürgerverhalten, Eine empirische Untersuchung am Beispiel der öffentlichen Subventionierung des Theaters, Sonderdruck aus *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 437–462.
- Pommerehne W., Schneider F. (1985), Politisch-ökonomische Überprüfung des Kaufkraftinzipienzkonzepts, Eine Analyse der AHV-Abstimmungen von 1972 und 1978; in Brugger, Frey (Hg.), *Sektoralpolitik versus Regionalpolitik*, Haupt, Bern.
- Ruffieux R. (Hg.) (1972), *La démocratie référendaire en Suisse au XXe siècle, Analyse de cas*, Fribourg.
- Siune K., Svensson P. (1993), The Danes and The Maastricht Treaty: The Danish EC Referendum of June 1992, *Electoral Studies*, 12 (2), 99–111.
- Vatter A. (1993), Eigennutz als Grundmaxime der Politik? Eine Überprüfung des Eigennutzaxioms der Ökonomischen Theorie der Politik bei Stimmbürgern, Parlamentariern und der Verwaltung, Dissertation, Haupt, Bern/Stuttgart.
- Voll P. (1991), Konfession und Politik in der Schweiz, Zum „konfessionellen Faktor“ bei der Entwicklung stabiler Parteisympathien und bei den Eidgenössischen Abstimmungen vom 9. Juni 1985, *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie*, 17 (2), 375–406.
- Weck-Hannemann H. (1990), Protectionism in Direct Democracy, *Journal of Institutional and Theoretical Economics/Zeitschrift für gesamte Staatswissenschaft*, 146, 389–418.
- Widmer T., Buri C. (1992), Brüssel oder Bern: schlägt das Herz der „Romands“ eher für Europa? *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft*, 32, 363–388.

Adresse des Verfassers:

Dr. Adrian Vatter
660, Veteran Avenue, #317
Westwood, Los Angeles, CA 90024,
und: Seminarstrasse 24, CH-3006 Bern